



VOLKER ULLRICH

IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR AUGSBURG UND KÖNIGSBRUNN

AKTUELLES AUS AUGSBURG, KÖNIGSBRUNN UND BERLIN

NEWSLETTER | MAI 2022

CSA LANDESVERSAMMLUNG IN STADTBERGEN



Danke für eine tolle Landesversammlung der CSA in Stadtbergen mit einer starken Rede und Diskussion von unserem Parteivorsitzenden Markus Söder. Mit dabei waren unsere Sozialministerin Ulrike Scharf und ihre Vorgängerin Nina Trautner.

Über 100 Delegierte und Gäste haben über das C und das S in unserem Namen diskutiert. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Sorge um steigende Preise und die damit verbundene soziale Verantwortung der Politik. Mögliche Wohlstandsverluste können nicht völlig ausgeglichen, aber eben doch abgemildert werden. Dazu gehört: Anpassung des Steuertarifs an die Inflation (kalte Progression), Energiepreispauschale für Rentner und Studierende, Senkung der Steuern auf Energie, spürbare Erhöhung des Grundfreibetrags und der steuerlichen Pauschbeträge.

Soziale Verantwortung ist ein Wesenskern erfolgreicher Politik. Das bedeutet jetzt, Inflation zu bekämpfen und dringende Entlastungen für die Menschen umzusetzen.



GESCHLOSSENHEIT IN DER UNION



Gemeinsame Präsidiumssitzung von CDU und CSU in Köln. Mit der Kölner Erklärung für eine verantwortliche Sicherheitspolitik und geschlossen für das Team der CDU Nordrhein-Westfalen und Henrik Wüst für die Landtagswahl.

Die Union hat ein neues Miteinander gefunden. Wir haben eine einheitliche Linie und sind der Ansprechpartner für Zukunftsthemen.

Vielen Dank für die Zusammenarbeit an Friedrich Merz.



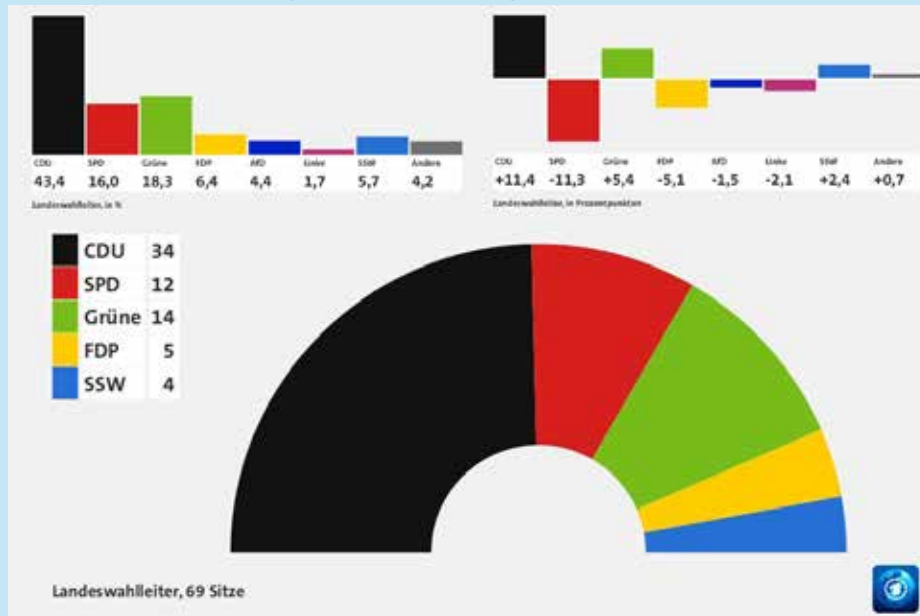
CDU-WAHLERFOLGE BEI DEN LANDTAGS- WAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND NORDRHEIN-WESTFALEN

Moderne bürgerliche Politik verbindet gutes Regieren mit gesellschaftlicher Modernität, sozialer Verantwortung und einem Fokus auf Nachhaltigkeit. Die Sprache dieser Politik ist verbindend. Der Umgang stilvoll. Persönlichkeit schafft Vertrauen.

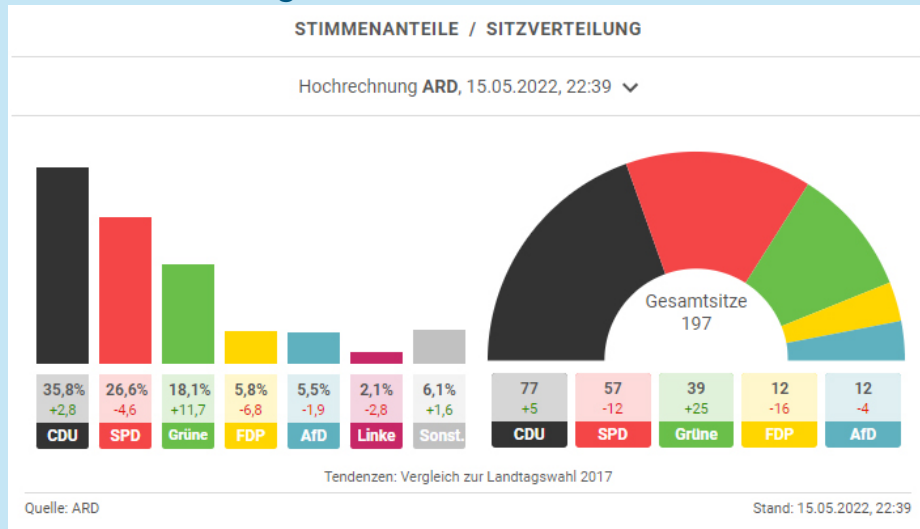
Das wurde am Sonntagabend, 08. Mai 2022 bewiesen. Herzlichen Glückwunsch an Daniel Günther und die Schleswig-Holstein CDU zum großartigen Wahlerfolg.

15. Mai 2022: Die CDU in NRW hat die Wahl gewonnen. Herzlichen Glückwunsch an Hendrik Wüst und sein Team!
Ein überzeugender Erfolg mit kluger bürgerlicher Politik. Nach allen demokratischen Gepflogenheiten hat die CDU Nordrhein-Westfalen den Auftrag zur Regierungsbildung!

08. Mai 2022: Landtagswahl Schleswig-Holstein



15. Mai 2022: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen



CSU-PARTEITAG IN WÜRZBURG



Entlastungen für die Menschen angesichts sozialer Herausforderungen, Energieversorgung sichern, gerade für Wirtschaft und Arbeitsplätze sowie außenpolitische Verantwortung. Verlässlichkeit ist der Maßstab unserer Politik.

WIR ALLE SIND PFLEGE



Gemeinsam mit der bayerischen Sozialministerin und Landesvorsitzenden der Frauen-Union Bayern Ulrike Scharf bei unserer **gemeinsamen Konferenz: Wir ALLE sind PFLEGE!** Austausch mit Emmi Zeulner, Prof. Veronika Schraut und vielen Mitgliedern. Wir beschäftigen uns intensiv damit, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern und die Wertschätzung in der Pflege stärken können. Wer „Näher am Menschen“ ernst nimmt, muss beim Thema Pflege handeln.



COUNCIL OF EUROPE: DIE STÄRKUNG DER STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT ZWISCHEN DEM EUROPARAT UND DER EUROPÄISCHEN UNION ÜBER DEN VERTRAG VON LISSABON HINAUS

Mir war es eine besondere Freude, im Plenum des Europarats zur Debatte sprechen zu dürfen. Klar ist: der Europarat war historisch oft Vorreiter für die Integration innerhalb Europas und muss diese Rolle nun mehr denn je wieder ergreifen!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ohne jeden Zweifel hat die Europäische Union eine Ingetrationstiefe wie keine andere Organisation erreicht. Und die Mehrzahl der Mitgliedstaaten im Europarat sind Mitglied in der Europäischen Union. Und die Mehrzahl derjenigen, die noch nicht Mitglied sind, wollen Teil der Europäischen Union werden.

Es geht heute also nicht um die Frage Europäische Union oder Europarat, sondern um die Frage, wie können Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam gelebt und vorangebracht werden. Und ein Blick in die Geschichte darf bei dieser Debatte nicht fehlen.

In den 50er Jahren hat der Europarat die Europäische Einigung angestoßen. Und während die europäischen Gemeinschaften noch ausschließlich im Bereich der Wirtschaften waren, hat der Europarat die Kraft der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte betont. Und es war übrigens der Europarat, der zuerst eine europäische Hymne kreiert hat und die Flagge der Europäischen Union war die des Europarats. Und die Europäische Union hat diese Flagge übernommen.

Und jetzt geht es darum, dass aus diesen geschichtlichen Errungenschaften wir uns der Verantwortung bewusst sind, dass die Kraft des Europarats auch in die Europäische Union wirkt und umgekehrt.

Ein wichtiges Zeichen muss sein, dass wenn über die Zukunft Europas diskutiert wird, dass es nicht allein um die Europäische Union geht sondern auch um den Europarat. Die integrative Kraft unserer Institution darf nicht vergessen werden.

Und deswegen ist es wichtig, dass dort, wo Recht gesichert wird, im Bereich der Rechtsprechung, auch die Organisationen der Europäischen Union der Menschenrechtskonvention beitreten und ihr damit noch mehr Gewicht verschaffen.

Diese juristische Frage darf auch nicht am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg scheitern, sondern wir brauchen hier ein klares Commitment.

Und am Ende des Tages wünsche ich mir, dass durch einen stärkeren Austausch, dass durch die Übernahmen von Konventionen durch die Europäische Union, unsere Arbeiten stärker gewürdigt werden, weil wir letztenendes für Europa am gleichen Ziel arbeiten, nämlich die Herstellung von Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

EUROPAS GEWINN: EMMANUEL MACRON BLEIBT FRANKREICHS PRÄSIDENT



Foto: 2019 im Rahmen des Aachener Vertrags

Félicitations Président!

Herzlichen Glückwunsch an Emmanuel Macron zur Wiederwahl als Staatspräsident Frankreichs.

Heute war es eine wichtige Wahl für ganz Europa und eine Richtungsentscheidung. Sie ist pro-europäisch und auch für die deutsch-französische Freundschaft ausgegangen!

Frankreich hat sich für Mitte und Vernunft und für ein starke Zukunft Europas entschieden. Die Erleichterung ist spürbar und die Freude groß.

Bis zuletzt war die bange Frage, wie stark extremistische und populistische Kandidaten abschneiden werden. Die Vorstellungen von Marine Le Pen zur Außenpolitik sind alarmierend: Sie schweigt zum russischen Angriffskrieg und stellt hingegen deutsch-französische Projekte in Frage. Ungeachtet des Umstands, dass ihre Partei direkt aus Russland finanziert wurde, hatte Marine Le Pen beunruhigend gute Umfragewerte.

Wir brauchen in Europa mehr denn je Schutz unserer Demokratie durch Manipulation und Einflussnahme von außen.

VOLKER ULLRICH IM PARLAMENT



Auch das ist Opposition!

Bei der Befragung der Bundesregierung Bundesjustizminister Buschmann (FDP) zum Thema Kinderpornografie und Datenschutz argumentiert. Unsere Haltung als Union ist klar: Wo schwerste Verbrechen an Kindern geschehen, darf es keine Toleranz geben und müssen alle möglichen rechtlichen sowie technischen Befugnisse genutzt werden, um diese Taten zu verhindern!

Volker Ullrich:

Vielen Dank Frau Präsidentin, dass Sie diese Nachfrage gestatten.

Herr Bundesminister, Sie haben beim Begriff der Vorratsdatenspeicherung ganz generell diesen Oberbegriff gewählt, ich möchte aber darauf hinweisen, dass es unterschiedliche Eingriffstiefen gibt. Die Speicherung von IP-Adressen hat eine wesentlich geringere Eingriffstiefe als beispielsweise die Speicherung von Verbindungsdaten oder von Standortdaten.

Diese Differenzierung hat übrigens auch der EUGH vorgenommen, indem er die IP-Adressen als weniger belastend angesehen hat als beispielsweise die Standortdaten.

Wäre vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass wir im Bereich des Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie gerade auf die IP-Adressen angewiesen sind, nicht eine Fokussierung zumindest auf die Speicherung der IP-Adressen zur Aufklärung und zur Verhinderung schwerster Straftaten notwendig?

WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE UKRAINE



Die Ukraine kämpft tapfer gegen den Aggressor Russland. Wir haben im Deutschen Bundestag darüber gesprochen, wie wir der Ukraine jetzt schnellstmöglich und effektiv helfen können sich selbst zu verteidigen. Keine leichte Debatte, aber sie war wichtig und richtig.

Die Zusage der Bundesregierung zur Lieferung von Flugabwehrpanzer vom Typ „Gepard“ an die Ukraine ist richtig. Sie kommt spät, aber sie kommt. Damit wirkt die eindringliche erhobene Forderung der Union.

Die ukrainische Zivilbevölkerung ist Angriffen mit unfassbaren Grausamkeiten ausgesetzt. Daraus kann auch intellektuell nicht die Erkenntnis abgeleitet werden, dass die, die angegriffen werden, sich nicht verteidigen sollen, um Frieden zu sichern, den der Aggressor gerade bricht.

Es ist richtig, wenn die Bundesregierung alle Schritte zur Unterstützung der Ukraine mit unseren Partnern in NATO und EU abstimmt. Deswegen wäre auch jene Entschlossenheit angezeigt, die unsere Partner aus gutem Grund von uns erwarten und die wir jetzt selbst aufbringen müssen.

VOLKER ULLRICH ALS REDNER IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**EINFÜHRUNG EINES NATIONALEN GEDENKTAGS FÜR OPFER VON TERRORISTISCHER GEWALT**

17. März 2022: Heute begehen wir zum ersten Mal den neuen Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt. Ein wichtiges Zeichen, dass er eingeführt wurde. Die Öffentlichkeit wird sich stärker mit dem Schicksal der Opfer und ihrem Schutz befassen müssen.

Die Verbesserung im Opferschutz sollte keine Frage parteipolitischer Debatten sein, sondern eines klugen Handelns und einer entschlossenen Politik. Die Einführung eines nationalen Gedenktags für die Opfer terroristischer Gewalt ist eine richtige Entscheidung und ein kraftvolles Zeichen der Empathie und des Mitgefühls.

Wir müssen aber auch weiterhin bereit sein, die wesentlichen Fragen zu beantworten, die sich rund um terroristische Bedrohungen stellen: Wir müssen noch besser werden bei der Frage der Prävention und der Deradikalisierung. Kein Mensch wird als Terrorist, als Rechtsextremer, als Antisemit geboren.

Menschen werden dazu. Wir müssen weiterhin unsere Sicherheitsbehörden im Blick haben und sie besser ausstatten im Hinblick auf Befugnisse und Ermittlungen. Und vor allem: Wir müssen die Opferverbände stärken.

MEINUNGSFREIHEIT: ELEMENTAR FÜR EINEN FREIHEITLICH DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT

18. März 2022: Die Meinungsfreiheit ist elementar für einen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat. Sie ist auch sehr weitgehend, gar keine Frage. Aber die Aufrufe zu Mord und Gewalt, Beleidigungen, Holocaustrelativierungen und Holocaustleugnungen, das Anbieten von Kinderpornografie oder von Drogen fallen nicht unter Meinungsfreiheit: Es sind Straftaten, die mit der gesamten Härte des Rechtsstaats aufgeklärt und verfolgt werden müssen, egal wo sie passieren. Das gilt auch für den digitalen Raum. Hier kann das **Netzwerk-durchsetzungsgesetz** greifen. Die große Frage ist, ob das Netzwerkdurchsetzungsgesetz auch auf **Telegram** anwendbar ist oder nicht.

Auf Telegram haben sich mittlerweile Gruppen gebildet, die bis zu 200 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben. Diese Gruppen haben eindeutig den Charakter eines sozialen Netzwerkes, weil hier Meinung dargestellt, kommentiert und verbreitet wird. Deswegen gilt ganz klar: Auch Telegram kann sich den deutschen Gesetzen nicht entziehen.

HAUSHALTSWOCHE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

24. März 2022
Der Bundeshaushalt 2022 wird diskutiert. Wenngleich ein kleinerer Etat als andere, sind mir einige Punkte besonders wichtig: der Kampf gegen Straftaten im digitalen Raum, die Ausstattung der Gerichtsbarkeit und weitere Verbesserungen für unseren Rechtsstaat.

Kriegsverbrechen in der Ukraine dürfen nicht ungesühnt bleiben. Diese müssen aufgeklärt, angeklagt und abgeurteilt werden. Dokumentation ist jetzt notwendig. Wenn der Generalbundesanwalt mehr Stellen für Strukturermittlungen braucht, muss er sie erhalten.

**ALLE
REDEN
ONLINE**

Nationaler Gedenktag
Meinungsfreiheit
Haushaltswoche

<https://www.facebook.com/ullrich.volker/videos/2741592812815311>

<https://www.facebook.com/ullrich.volker/videos/2417128665097089>

<https://www.facebook.com/ullrich.volker/videos/4752668528163878>

VERANSTALTUNGSRÜCKBLICK



**Der Europarat und seine Parlamentarische
Versammlung – eine bedeutende
Einrichtung neben der EU**



Augsburger Europawoche

Dr. Volker Ullrich, MdB
und Mitglied der
Parlamentarischen
Versammlung des
Europarates lädt ein zur
Diskussionsveranstaltung

**04. Mai 2022
19.00 - 20.30 Uhr
Zeughaus, Hollsaal
Zeugplatz 4
86150 Augsburg**

Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gab ich detaillierte und spannende Einblicke in die Arbeit des Europarats und dessen historische, aktuelle und auch zukünftige Bedeutung.

Der Europarat ist die führende Menschenrechtsorganisation Europas. Sein Hauptziel ist der Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Menschenrechtskonvention, die Zusammenarbeit seiner 46 Mitgliedsstaaten, die parlamentarische Verantwortung des Europarats und dessen zentrale Aufgaben wurden bei der Veranstaltung genauer betrachtet und diskutiert.

Im Anschluss gab es eine offene Fragerunde. Sowohl zu den Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf den Europarat aber auch zu digitalen Themen.

COUNCIL OF EUROPE



Die zentrale Aufgabe des Europarats und seiner Mitglieder ist der Schutz der Menschenrechte. Durch den Angriffskriegs Russlands sind die fundamentalen Werte des Europarats verletzt.

Meine Haltung bleibt klar: Russland kann und darf im Europarat nicht Mitglied bleiben. Die sofortige Suspendierung ist ein wirksamer und gebotener Schritt.

Am Abend des 15. März 2022 wurde in der parlamentarischen Versammlung des Europarats mit überwältigender Mehrheit der fällige Ausschluss Russlands aus der Organisation beschlossen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Freilassung von Osman Kavala angeordnet. Er wurde hingegen zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Geltung und Achtung der Menschenrechtskonvention in der Türkei muss jetzt durch seine Freilassung dokumentiert werden.

Raif Badawi ist endlich wieder frei. Eine gute Nachricht. Leider nach der kompletten Haftstrafe von zehn Jahren. Die Situation der Menschenrechte und die Geltung der Meinungsfreiheit in Saudi-Arabien und in vielen Teilen der Welt bleibt leider prekär. Daran müssen wir erinnern.

2015 durfte ich in der Bundestagsdebatte zu seinem Schicksal reden. Seitdem habe ich auf den Tag seiner Freilassung gewartet.

LIVE 10. März 2022, 18.00 Uhr



Im Gespräch mit **Prof. Dr. Carlo Masala**,
Lehrstuhl für Internationale Politik,
Universität der Bundeswehr München

**Eine Stunde
Information**



Dr. Volker Ullrich, MdB
lädt ein zur digitalen
Diskussionsveranstaltung

**Der Krieg
in der Ukraine –
Putins Angriff
und die Folgen**

Die Veranstaltung findet auf
www.csu-landesleitung.welbew.com statt.
Meeting Passwort: 10052022
Meeting-Kennnummer: 2364 386 5560

Gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München und bekannt für seinen Podcast "Sicherheitshalber", unterhielt ich mich über die aktuellen Herausforderungen für die Außen- und Sicherheitspolitik und diskutierte zum aktuellen Stand des Ukraine-Russland-Krieges.

INFLATION UND STEIGENDE ENERGIEKOSTEN: VOLKER ULLRICH SPRICHT KLARTEXT



Das Paket muss genau da unkompliziert ankommen, wo es hin muss: bei jenen, die Inflation und stark steigende Energiekosten besonders treffen. Unterstützung brauchen Menschen, die trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt kaum aus eigener Kraft bestreiten können, kaum Rente beziehen bzw. gar kein Einkommen haben. Damit hat das Entlastungspaket eine starke soziale Schlagseite. Im Stich lässt die Ampel Rentner, Minijobber und Studenten: für Menschen in Existenznot das völlig falsche verantwortungslose Signal.

Das Ampel-Entlastungspaket ist ein kunterbuntes diffiziles Gemisch ohne Langzeitwirkung für Verbraucher. Wir fordern eine Energiepreisbremse aus einem Guss für alle, die finanzielle Erleichterung bei Energiekosten dringend nötig haben - vor allem auch Rentner, Studenten und Familien. Unserem Vorschlag einer Spritpreisbremse folgt die Bundesregierung. Vorübergehend bringt eine Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe auch Entlastung. Zielgerichteter für Unternehmen und Pendler wäre aber eine Senkung der Umsatzsteuer auf Benzin und Heizkosten. Nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist ein befristet vergünstigtes Monatsticket im ÖPNV.

Der Bund muss Länder und Kommunen deutlich besser finanziell unterstützen, damit Busse und Bahnen auch überall fahren können und Menschen, die sich ein Auto gar nicht erst leisten können, auch dauerhaft etwas davon haben. Abgespeist werden Familien mit einem Einmalbonus. Familienpolitik ist kein Gedöns und braucht eine langfristige Strategie, damit Familien bei den extrem gestiegenen Preisen über die Runden kommen. Zur Existenzfrage für Verbraucher wird der Energieverbrauch in den eigenen vier Wänden. Eine Energiepreispauschale ist ein Zeichen. Ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Abfederung der Teuerspirale fehlt.



Volker Ullrich ✓
@VolkerUllrich

Der Staat muss und kann handeln. Die hohen Energiepreise lassen sich durch Senkungen von Steuern kurzfristig senken. Die Bundesregierung muss jetzt handeln.

Die rasant steigenden Energiepreise sind jetzt die soziale Frage der Stunde. Entschlossenes Handeln ist angezeigt. Der Staat kann und muss entlasten. Absenkung der Mineralölsteuer und der Umsatzsteuer wären schnell wirksam und sind jetzt geboten.

ERNEUTE BUNDESTAGSDEBATTE ZUR IMPFPFLICHT: DAS AUS EINER IMPFPFLICHT AB 60 JAHREN WAR RICHTIG



06. April 2022: Wir debattieren erneut das Für und Wider einer Impfpflicht. Die bisherigen verschiedenen Anträge der Ampel wurden nun in einen gegossen: Die Impfpflicht ab 60 und Beratungspflicht ab 18 Jahren. Wieso dieser nicht zielführend sein wird, wie es weitergeht und wie wir nun wirklich verantwortliche Politik machen können, erkläre ich nachfolgend.

Der Bundestag entscheidet über die Impfpflicht. Gut, man muss jetzt einräumen, dass es keinen Antrag mehr auf eine Allgemeine Impfpflicht gibt, sondern nur noch einen Antrag aus den Reihen der Ampel-Koalition, der die Impfpflicht ab 60 Jahren und die Beratungspflicht ab 18 Jahren vorsieht. Eine Impfpflicht erscheint aber in der momentanen Situation insgesamt als nicht verhältnismäßig. Warum?

Weil zum einen die Impfstoffe nicht selbst vor Infektion schützen und derjenige, der geimpft ist, nach wie vor andere anstecken kann. Zudem wissen wir überhaupt nicht, wieviel Prozent der Bevölkerung bereits eine Immunität erworben haben - sei es durch Infektion oder durch Impfung. Bevor so eine Impfpflicht beschlossen wird, muss man tatsächlich die Datengrundlage ermitteln.

Zudem darf man nicht vergessen, dass Omikron einfach ein anderes Infektions- und auch Letalitätsgeschehen hat als noch die Delta-Variante. Da hat sich viel geändert und das muss man berücksichtigen.

Zudem, der Antrag ab 60 Jahren ist tatsächlich schlecht gemacht. Zum einen, es fehlt die Begründung, warum man tatsächlich auf die 60 Jahre kommt, das ist das eine. Das ist medizinisch durch keinerlei Daten belegt. Zum anderen hat der Antrag so viele Falschtricke, dass man sagen kann, er ist in der Praxis nicht vollziehbar und der Bundestag sollte kein Gesetz beschließen, das nicht umsetzbar und nachvollziehbar ist. Warum?



Weil es von allen ab 18 Jahren, die nicht geimpft sind, übrigens eine Beratungspflicht einfordert. Wer soll die Menschen beraten? Was passiert, wenn sie sich nicht haben beraten lassen?

Zudem konstituiert dieses Gesetz eine Pflicht der Krankenkassen, dass sie den Impfstatus ihrer Versicherten überprüfen. Aber es ist nicht Aufgabe der Krankenkassen, im Vertrauensverhältnis zwischen Versicherten und Krankenversicherung hier Aufgaben der Ordnungsbehörde wahr zu nehmen.

Dieses Gesetz, das sage ich auch als ehemaliger Ordnungsreferent der Stadt Augsburg, kann überhaupt nicht vollzogen werden. Deswegen werde ich es ablehnen.

Die Union hat ein Gesetzentwurf oder Antrag vorgelegt, der zunächst einmal die Voraussetzungen schaffen muss, nämlich Datenerhebung, Einrichtung eines Impfregisters und gerade im Augenblick keine Impfpflicht.

Ich glaube, ein solcher Vorsorgemechanismus ist die klügere Variante als jetzt zur Gesichtswahrung eine Impfpflicht ab 60 zu beschließen, die in der Praxis nicht umgesetzt werden kann und die auch mutmaßlich keinerlei Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen hat.

NACHRICHTEN AUS DER REGION



Einweihung der neuen Halle bei Renk In Augsburg. Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende erhalten. Ausserdem wird Know-How im Bereich Wehrtechnik gesichert bleiben. Die schrecklichen Ereignisse des Angriffskriegs auf die Ukraine zeigen, dass Freiheit verteidigt werden muss.



Die Sicherung von Beschäftigung und der Schutz vor Wohlstandsverlusten stehen am 01. Mai im Mittelpunkt. Die Transformation der Arbeitswelt sowie Wert und Würde von Arbeit und ihre faire Entlohnung müssen ebenso die Debatte bestimmen.

Hier bei der Kundgebung des DHG zum 1. Mai in Augsburg. Es geht um eine hohe Beschäftigung, gute Löhne, starke Tarifpartner und die richtigen Ideen für die Zukunft der Arbeit.

TAG DER ARBEIT

AUF EIN WORT:
MEINE HALTUNG
ZUM KLIMACAMP

Die Diskussionen über das Klimacamp in der Augsburger Innenstadt gewannen jüngst an Schärfe. Oberbürgermeisterin Eva Weber attackierte das Agieren der Klimaschützer scharf, sie bringe dafür kein Verständnis mehr auf.

Die Haltung von Oberbürgermeisterin Eva Weber kann ich nur vollumfänglich unterstützen und ich stehe hinter ihrer Erklärung.

Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Es muss jedoch juristisch thematisiert werden, ob jahrelanges Camping und die permanente Inanspruchnahme des öffentlichen Raums noch zur Versammlungsfreiheit gehören können. Gerade an einem zentralen Platz im Herzen unserer Stadt sind auch die Belange anderer zu respektieren.

Zudem muss man dem Klimacamp zurufen: Der Schutz des Klimas und die Einhaltung der Klimaziele ist ein elementar wichtiges Ziel. Über die Wege dorthin gibt es in einer demokratischen Gesellschaft unterschiedliche Auffassungen. Viele Interessen sind zu berücksichtigen. Gerade auch soziale Fragen. Entschieden wird demokratisch durch den Stadtrat und die Parlamente.

Was übrigens ziemlich ärgerlich ist: Die erkennbare Nähe des Klimacamps zu Organisationen, die im linksextremistischen Spektrum angesiedelt sind. Das ist weit von der Mitte der Gesellschaft entfernt.

NACHRICHTEN AUS DER REGION



Besuch der **Notunterkunft für ukrainische Flüchtlinge in Augsburg** mit **Sozialreferent Martin Schenkelberg** und **Ordnungsreferent Frank Pintsch**. Ich war wirklich beeindruckt über das ehrenamtliche Engagement und wie viele Menschen hier Tag für Tag mit anpacken, um es den Familien etwas leichter zu machen. Vielen Dank an alle Helfer!!



Zu Besuch beim **Institut für Textiltechnik Augsburg** und seinem **wissenschaftlichen Leiter Prof. Stefan Schlichter**. Das Institut forscht im Bereich Recycling von Textilstoffen. Nur 1 % aller Textilien werden wiederverwertet. Hier gibt es im Sinne der Nachhaltigkeit viel Potential. Das ab 2025 geltende Kreislaufwirtschaftsrecht verpflichtet dann. Dazu bedarf es der Forschung und Entwicklung.



Besuch und sehr guter Austausch mit **Tanja Kloubert** und **Igor Meisner vom Ukrainischer Verein Augsburg** über die Situation ukrainischer geflüchteter Familien. Wer übrigens spenden möchte, kann dies gern tun. Die Bankverbindung findet sich unter: **www.ukr-verein-augsburg.org** Vielen Dank an alle Helfer!!



Traditioneller Rundgang mit den Chefs des Schwäbischen Schaustellerbundes Joe Diebold und Bruno Noli auf unserem Osterplärrer. Die Lebensfreude ist richtig spürbar. Schön, dass der Plärrer zurück ist. Viele Schausteller haben in den letzten Jahren modernisiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Dann auch noch unsere Oberbürgermeisterin Eva Weber auf dem Plärrer getroffen.

Dr. Volker Ullrich, MdB
lädt ein zur Veranstaltung



AUS DEM INNENLEBEN DER MACHT Lesung und Gespräch mit Robin Alexander

27. Mai 2022, 19.00 Uhr
Buchhandlung Rieger und Kranzfelder, Maximilianstraße 36, 86150 Augsburg



Sehr geehrte Damen und Herren,

es ergeht herzliche Einladung zur Lesung, zum Gespräch und zur Diskussion um die politische Kultur in Berlin mit dem renommierten Journalisten und Buchautor Robin Alexander.

Robin Alexander ist kluger Analyst des politischen Zeitgeschehens und seit 2019 stellvertretender Chefredakteur der Welt. In seinem glänzend recherchierten Politthriller „Machtverfall“ blickt der Autor hinter die Kulissen: vom harten, langen Kampf in den inneren Machtzirkeln der Republik und vom Showdown um Merkels Nachfolge, der die Union fast zerreißt.

Ein Buch, das zeigt, wie nah in der Politik der unbedingte Wille zur Macht und die Machtlosigkeit beieinander liegen.

Ich freue mich auf eine spannende Veranstaltung.

Um Anmeldung bis zum 25. Mai 2022 wir gebeten: volker.ullrich.wk@bundestag.de

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Volker Ullrich

IMRPESSUM

Herausgeber: Dr. Volker Ullrich, MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24, 86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
volker.ullrich.wk@bundestag.de
www.volker-ullrich.de

